



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Bürgerlich-Demokratische Partei Basel-Stadt
Postfach 2430
4002 Basel

Basel, 24. Oktober 2018

P181264

**Regierungsratsbeschluss vom 23. Oktober 2018
Ihr Schreiben betreffend «Aktuelle Sicherheitslage im Kanton Basel-Stadt»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für Ihr oben genanntes Schreiben vom 31. August 2018, mit dem Sie Ihre Besorgnis über Angriffe auf Einsatzkräfte in der Zürcher Innenstadt zum Ausdruck gebracht und um die Beantwortung konkreter Fragen zur aktuellen Sicherheitslage im Kanton Basel-Stadt gebeten haben. Gerne äussern wir uns zu letzteren wie folgt:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Sicherheitslage im Kanton?

Der Regierungsrat hat sich jüngst bei der mündlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 69 von Gianna Hablützel-Bürki betreffend «Welle der Gewalt überrollt Basel» zur aktuellen Sicherheitslage im Kanton und den von Ihnen erwähnten Gewaltvorfällen geäussert. Gerne lassen wir Ihnen anbei die von Regierungsrat Baschi Dürr am 12. September 2018 im Grossen Rat verlesene Antwort zukommen.

2. Wie steht der Regierungsrat zur Einführung von Bodycams bei allen Blaulichtorganisationen.

Die Kantonspolizei Basel-Stadt hat im Sinne eines Pilotprojektes in den Jahren 2014 und 2015 Helmkameras an sechs Ordnungsdiensteinsätzen (OD-Einsätze) getestet. Die Helmkameras wurden von den jeweiligen OD-Zugführern getragen, die primär Führungs- und Koordinationsaufgaben während des Einsatzes haben und ihr Verhalten daher nicht auf beweissichernde Kameraeinstellungen ausrichten können. Die Kantonspolizei sah damals nur einen beschränkten Mehrwert und kam daher zum Schluss, noch zuzuwarten. Dass nun auch weitere Korps neue Technologien prüfen, begrüsst der Regierungsrat. Die andernorts gewonnenen Erkenntnisse werden in die weiteren Überlegungen rund um das Thema Bodycams in den kantonalen Blaulichtorganisationen einfließen.

3. Hat das Justiz- und Sicherheitsdepartement die Regierung darüber informiert, dass aufgrund des Abbaus von Überstunden an bestimmten Polizeiposten (u.A. PW Kannenfeld) die Kundenzone erst ab 14h00 für die Bevölkerung geöffnet ist? Toleriert der Regierungsrat diesen Zustand und was gedenkt er dagegen zu unternehmen?

Tatsächlich intensiviert das Justiz- und Sicherheitsdepartement seine Bemühungen zum Abbau der rückständigen Zeitguthaben ihrer Mitarbeitenden – besonders der Polizistinnen und Polizis-

ten, was dem Regierungsrat bekannt ist. Die temporäre Einschränkung der Anzeigemöglichkeiten auf der Polizeiwache Kannenfeld während dem 20. und dem 25. August 2018 war aber auf besondere Umstände zurückzuführen.

4. *Wie viele Angriffe gab es in den letzten Jahren auf uniformierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Blauchlichtorganisationen im Kanton? Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat einzuleiten?*

Der Regierungsrat hat sich Anfang des Jahres bei der schriftlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 18 von Alexander Gröflin betreffend «Gewalt und physische Übergriffe gegen Polizeibeamte» detailliert zu diesem Thema geäußert. Gerne lassen wir Ihnen anbei die schriftliche Antwort des Regierungsrates vom 31. Januar 2018 zukommen. Die Mitarbeitenden der Rettung Basel-Stadt sind – abgesehen von einzelnen Vorfällen mit renitenten Sanitätspatientinnen und -patienten – bis dato glücklicherweise von körperlichen Angriffen verschont geblieben.

5. *Wie begründet der Regierungsrat die kontinuierliche Reduzierung des Bestandes der Berufsfeuerwehr in den letzten 20 Jahren?*

6. *Ist der Regierungsrat gewillt in Zukunft eine Aufstockung des Corps bei der Berufsfeuerwehr Basel-Stadt vorzunehmen, um so zu einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik beizutragen?*

Bei der Berufsfeuerwehr Basel gab es in den letzten Jahren keine «kontinuierliche Reduzierung» des Bestands. Die exakten Zahlen sind systembedingt erst ab 2007 (SAP als Buchhaltungssystem) verfügbar. Vergleicht man die Personalbestände von 2007 mit 2017, fällt auf, dass die Einsatzorganisation sogar verstärkt wurde.

	2007	2017	Entw.
Einsatz und Betrieb, inkl. Feuerlöschboot und Einsatzzentrale	94.2	97.8	+3.6

Tab. 1 – Personalbestände 2007 vs. 2017; Headcount [FTE], Jahresdurchschnittswerte (Ist)

7. *Gedenkt der Regierungsrat in der laufenden Legislaturperiode mehr finanzielle Mittel in eine vertrauenswürdige Sicherheitspolitik zu investieren, die nicht nur der Kantonspolizei, sondern auch der Rettung (Berufsfeuerwehr / Sanität) zugutekommen?*

Der Regierungsrat investiert, wo sinnvoll und notwendig, laufend in die Sicherheit. Zu denken ist etwa an die in der vorerwähnten Interpellationsantwort aufgeführten Massnahmen, den Ausbau des Personalbestands der Sanität Basel oder die neue Einsatzzentrale der Rettung Basel-Stadt.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Ausführungen gedient zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Beilagen

- Beantwortung der Interpellation Nr. 69 von Gianna Hablützel-Bürki betreffend «Welle der Gewalt überrollt Basel»
- Beantwortung der der Interpellation Nr. 18 von Alexander Gröflin betreffend «Gewalt und physische Übergriffe gegen Polizeibeamte»